

Dr. Wolfgang Uellenberg- van Dawen
ver.di Bundesverwaltung

Politik und Planung

**Tagung „Ausgrenzung durch die Mittelschicht.
Abwertende Einstellungen der Mitte und ihre Folgen für die Gesellschaft“
02.11.2011, Potsdam**

Statement im Rahmen der Abschlussdiskussion

„Wie kann der Abwertung und ihren Folgen in der Gesellschaft entgegengetreten werden?“

Erstens:

Abwertungen beruhen auf Zuschreibungen. Diese beruhen bei Angehörigen der „Mittelschichten“ auf der Überwertung von „gültigen Standards“ des Aussehens, des Habitus, der Bildung, vor allem der Leistung. Sie interpretieren Lebensweise und Lebensumstände von Menschen in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen, wie sie durch die Sozialstatistik vermittelt, selbst erfahren oder aber in der öffentlichen Kommunikation vermittelt werden vor allem aus der Sicht der Leistungsgerechtigkeit. Was wir können, müssten „die doch auch können“.

Diese Zuschreibungen müssen daher als solche aufgedeckt und kritisch hinterfragt werden:

Begründen sich Abwertungen in offensichtlichen und zugeschriebenen dissozialen Verhaltensweisen wie etwa Gewalt, Alkoholismus, Verwahrlosung von Angehörigen der „Unterschichten“, so gilt es darauf hinzuweisen, dass es Gewalt, Verwahrlosung, Alkoholismus usw. bei Angehörigen aller Schichten gibt. Das Vorurteil, wer arm ist trinkt, ist faul, ernährt sich falsch usw. hält einer kritischen Überprüfung nicht stand. Wohlstandsverwahrlosung und Gewalt in Oberschichten sind keine Einzelfälle, werden in Kunst, Kultur und Medien oft dargestellt und dramatisiert.

Einem rein mittelschichtsorientiertem Wertekanon muss daher entgegengehalten werden, dass Menschen ihn ihrem Wert für sich und für die Gesellschaft nach dem Maßstab ihrer Würde, ihres Wertes als Menschen anerkannt und beurteilt werden müssen. Jeder und jede verdient Respekt, gleich wie man lebt, sich kleidet usw. Das Grundgesetz spricht im Artikel 1 von der Würde des Menschen und nicht des erfolgreichen Wirtschaftsbürgers.

Zweitens:

Abwertende Zuschreibungen sagen auch immer etwas über die gesellschaftlichen und für die eigene Person geltenden Leitbilder und Verhaltensweisen oder „Tugenden“. Angehörige der Mittelschichten glauben an Erfolg durch Leistung, Aufstieg durch Bildung, Anerkennung auf Grund materieller Güter oder des erworbenen kulturellen Kapitals. Diese Formen und Gründe der Anerkennung für Angehörige der Mittelschichten grundsätzlich in Frage zu stellen, wäre realitätsfern. Jedoch muss sehr kritisch hinterfragt werden, ob sie als Leitbilder der Gesellschaft verabsolutiert und zum alleinigen Maßstab sozialen und gesellschaftspolitischen Handelns gemacht werden dürfen.

Notwendig ist eine kritische Diskussion über die von der Mittelschicht geprägten „Standards“ in ihrem Stellenwert für Politik und Gesellschaft: Als der damalige NRW Ministerpräsident Wolfgang Clement vor 10 Jahren in der Grundsatzprogrammdebatte der SPD die Grundzüge seines am Fördern und Fordern orientierten Leistungsparadigma als gesellschafts- und sozialpolitisches Leitbild propagierte, fragte Bundespräsident Johannes Rau auf einem Forum der Hans Böckler Stiftung wenige Tage später, welchen Stellenwert denn noch die Menschen, die in der

Leistungsgesellschaft nicht mehr mithalten könnten, die Alten, Kranken, Behinderten, Arbeitslosen dann noch in einem so geprägten Selbstverständnis und Politikmodell der SPD haben könnten. Dieses Politikmodell orientierte sich am Leitbild des aktivierenden Sozialstaates, der allen, die nach oben kommen wollten und sollten, ein „Trampolin“ für ihren Aufstieg bereit stellen sollte – so der Kanzleramtsminister Bodo Hombach 1998.

Die politische Antwort auf Johannes Rau waren die Hartz-Reformen und andere sozialpolitische Ausgrenzungen, die bewusst Abwertungen in Kauf nahmen oder sogar förderten (etwa die Missbrauchsdiskussion bei Hartz IV im Zusammenhang mit den Lohnabstandsgebot). Ihre Legitimation beruhte auf den Werten der Mittelschichten. Dennoch wurden viele Angehörige der Mittelschichten durch die Radikalität dieser Maßnahmen verunsichert. Die Angst, bei Verlust des Arbeitsplatzes nach einem Jahr fast unmittelbar nicht nur das eigene Vermögen zu verlieren, sondern hilflos einer „Maßnahmenbürokratie“ ausgeliefert zu sein, reichte bis weit hinein in die Reihen derjenigen, die geglaubt hatten, vor dem sozialen Absturz gesichert zu sein. Exklusion in Folge der Wirtschaftskrise und des Arbeitsplatzverlustes, darauf weist Heinz Bude hin, kann jeden und jede treffen.

Anerkennung allein auf Grund von Leistung und Erfolg, von sozialer Stellung und kulturellem Habitus ist immer relativ und kann schnell verloren gehen, wenn Menschen erfolglos sind, ihre Stellung verlieren und dann auch Anerkennung und Selbstwertgefühl.

Drittens:

Thilo Sarrazins Thesen sind ein Beispiel dafür, wie aus Zuschreibungen und Vorurteilen, gemischt mit unrichtigen oder gefälschten Statistiken solche abwertenden Bilder entstehen. Ihre große Resonanz bei den Mittelschichten machen dort seit langem nicht öffentlich ausgesprochene aber wirkungsmächtige und vorhandene Vorurteile und Abwertungen deutlich. Die Tatsache, dass sich eine Mehrheit der Zuwanderer in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen befinden und in Sprache und Kultur anders sind und als fremd empfunden werden, lädt sich dann zum einen mit den typischen Abwertungen der Unterschichten auf und wird ergänzt um bis weit in das aufgeklärte Bürgertum hinein verbreitete Vorurteile wie dem, dass Kopftuchträgerinnen konservativ und Bärtige Terroristen sind. Was wenn chic Gekleidete konservativ bis reaktionär sind und glatt rasierte Bomben legen? Dabei ist es der Mühe wert, diesen Statistiken ebenso auf den Grund zu gehen, wie den Deutungen und Einstellungen, die zu vorurteilsvollen Zuschreibungen und Abwertungen führen.

Gerade angesichts der neonazistischen Mörderbande, die sich auf ein offenes wie auch unterschwelliges Unterstützungsumfeld stützen konnte, in der die Selbstgewissheit herrscht, als unterwertig abqualifizierte Menschen verfolgen, terrorisieren und ermorden zu können und dabei sich auch als Vollstrecker des „Volkswillens“ zu fühlen, muss zu einer intensiven und konfliktorientierten Bekämpfung jeder Form von Rassismus führen. Sarrazin gehört aus der SPD ebenso ausgeschlossen und seine Adepten und die Stichwortgeber des Rassismus müssen mit Entschiedenheit widerlegt und zur Rede gestellt werden.

Viertens:

Dieser Rassismus in Nadelstreifen und die weitgehend ängstliche und peinliche Reaktion der Politik zeigt, wie wenig sich die politische Kultur und politisch Verantwortlichen noch mit dem Wertekanon des Grundgesetzes und der europäischen Aufklärung identifizieren. Die Politik bestimmt durch ihre Haltung und ihr Handeln auch die politische Kultur. Sie muss gerade in einer Einwanderungsgesellschaft und einer Gesellschaft, die sich der medialen und kulturellen Globalisierung stellen muss, von den Werten Freiheit, Gleichheit und Solidarität leiten lassen. Freiheit meint die Freiheit auf ein selbstbestimmtes Leben in Verantwortung für andere – Gleichheit,- vor dem Gesetz und gleiche Maßstäbe für alle Menschen und Solidarität, die Fähigkeit der Teilhabe am Schicksal anderer und die aufgeklärte Haltung, dass es nur in einer Gesellschaft, die Vielfalt anerkennt und in der alle gleiche Chancen haben, auch allen gut gehen kann. Das Gebot der Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte muss unabhängig von dem, wo

jemand herkommt, gelten. Kulturelle Besonderheiten sind eine Bereicherung. Und: Es gibt keinen Relativismus in den Menschenrechten - gleich für wen. Dafür muss Politik einstehen und damit auch die Mittelschichten orientieren. In der Weimarer Republik haben die Nazis die Ängste der Mittelschichten und ihren Antisemitismus geschürt und missbraucht. Heute muss die Politik klare Orientierungen geben, reale Probleme lösen und am Leitbild von Menschenrechten und Menschenwürde festhalten, auch wenn das unbequem sein kann.

Fünftens:

Unterschiede in den Lebensumständen haben reale Ursachen. Darum darf sich die Auseinandersetzung mit abwertenden Vorurteilen nicht nur auf die gesellschaftspolitische Diskussion und Kommunikation beschränken, sondern muss die Umstände selber ändern.

Nötig ist eine umfassende Bildungs-, sozial-, und arbeitspolitische Strategie gegen diese Lebensumstände, gegen die faktische Ausgrenzung der Unterschichten.

Armutsbekämpfung durch Mindestlöhne, durch eine an Gleichheit und Förderung orientierte Bildungsreform, eine Stadtentwicklung, die Residualisierung und Ghettobildung verhindert, Bereitstellung öffentlicher Güter, deren Teilhabe für ein gutes Leben gerade für die unverzichtbar ist, die sie sich nicht privat leisten können – zugespitzt ein aktiver und funktionierender Sozialstaat und ein regulierter Arbeitsmarkt sind unverzichtbar, um die Lebensumstände von Menschen in der Unterschicht so zu verbessern, dass sie in Würde leben und am Aufstieg teilhaben können.

Basis einer solchen Sozialstaatspolitik muss die Rückkehr zum Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes sein. Das Sozialstaatsgebot bindet alle staatliche Gewalt an den Schutz der Würde des Menschen. Das bedeutet, dass alle Menschen ein Recht auf ein Leben frei von Armut und Not haben. Soziale Leistungen und öffentliche Güter sind keine Almosen, die gewährt werden oder nur unter bestimmten Bedingungen, sondern jeder hat das Recht auf die Sicherung seiner Existenz und ein Leben in Würde. Die Anerkennung und Verwirklichung dieses Rechtes muss Maßstab des politischen Handelns sein. Dies gilt für Menschen der so genannten Unterschicht wie der Mittel- und auch der Oberschicht. Da die ersteren aber mehr angewiesen sind auf soziale Leistungen und Teilhabe an öffentlichen Gütern sind sie stärker zu fördern, aber grundsätzlich haben alle die gleichen Rechte.

Um diese öffentlichen Güter zu finanzieren, bedarf es freilich einem Blick nach oben. Denn nur wenn die Mittelschichten wie es die TAZ Redakteurin Ulrike Hermann in ihrem Buch „Hurra, wir dürfen zahlen“ gut beschreibt, vor allem die ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen zu Gunsten der Oberschicht in Frage stellen und eine Umverteilung von oben nach unten bzw. einen gerechten Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaates von den Oberschichten einfordern, werden sie die Abwertung der Unterschichten überwinden und dazu beitragen, dass sich die gesellschaftlichen Verhältnisse so ändern, dass die Ursachen der Ausgrenzung bekämpft und mehr soziale Gleichheit möglich ist.